

Die Westbalkanstaaten auf ihrem Weg in die Europäische Union unterstützen

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat uns erneut vor Augen geführt, dass die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung unserer östlichen und südöstlichen Nachbarn in unserem ureigenen Interesse liegen. Die Integration der Westbalkanstaaten in die Europäische Union ist deshalb eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben für Deutschland und die EU. Russland destabilisiert die Region gezielt politisch mit Desinformationskampagnen und „Fake News“ sowie durch die Beschwörung einer angeblichen slawischen Bruderschaft zwischen Russen und Serben. Zudem provoziert es absichtlich ethnisch-nationalistische Spannungen, um demokratische Kräfte, die eine euro-atlantische Integration anstreben, nachhaltig zu schwächen. Allen Bestrebungen, ethno-nationalistische Spaltungen in den Westbalkanstaaten zu vergrößern, statt sie zu überwinden, treten wir entschieden entgegen.

Mit der Gewährung des Kandidatenstatus für die Ukraine und Moldau sowie potenziell auch für Georgien ist die Sorge bei den Westbalkanstaaten gewachsen, dass sich unser Blick künftig stärker in Richtung Osteuropa wenden könnte. Wir werden den EU-Erweiterungsprozess um die sechs Staaten weiter vorantreiben. Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien sind Teil der europäischen Familie. Sie liegen inmitten des europäischen Hauses, umgeben von den EU-Mitgliedsländern Kroatien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Griechenland. Unser Ziel ist eine Vollmitgliedschaft der sechs Westbalkanstaaten in der EU. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus für Bosnien-Herzegowina im Dezember 2022 sowie den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien.

Bundeskanzler Olaf Scholz setzte mit seiner Reise nach Nordmazedonien, Kosovo und Serbien im Vorfeld des EU-Westbalkan-Gipfels in der ersten Jahreshälfte 2022 ein deutliches politisches Signal, bevor er in seiner Rede an der Prager Karlsuniversität am 29. August 2022 das Ziel einer Vollmitgliedschaft der sechs Westbalkanstaaten in der EU betonte. Auch der gelungene Neubeginn des Berlin-Prozesses am 3. November 2022 und die Reise von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach Albanien und Nordmazedonien wenige Wochen später unterstreichen die Bedeutung, die Deutschland der Region beimisst. Die damit geweckten Erwartungen, auch an die deutsche Politik, sollten nicht enttäuscht werden. Es bedarf deshalb auch auf europäischer Ebene konkreter Schritte und Initiativen, um den Beitrittsprozess für die Westbalkanstaaten zu beschleunigen. Denn auch andere Akteure, unter anderem China und die Türkei, üben zunehmend Einfluss in der Region aus. Beispielsweise erkaufte sich China kraft seiner wirtschaftlichen Macht politischen Einfluss über großangelegte, kreditfinanzierte Infrastrukturprojekte.

Versprechen einhalten

Die EU-Erweiterungspolitik war lange das erfolgreichste Instrument europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Allerdings hat die EU in den Westbalkanstaaten in den letzten fünfzehn Jahren an Glaubwürdigkeit verloren. 2023 jährt sich die Zusage des Europäischen Rates in der Agenda von Thessaloniki zum zwanzigsten Mal. Der EU beigetreten ist seitdem lediglich Kroatien im Jahr 2013. Die Europäische Union hielt den Beitrittsprozess auf, weil einzelne Mitgliedstaaten die einst erfolgreiche

Erweiterungspolitik mit bilateralen Konflikten überfrachteten oder aus wahltaktischen Gründen torpedierten. Infolgedessen hielt die EU ihre Zusagen gegenüber reformbereiten Staaten wie Nordmazedonien und Albanien nicht ein, obwohl beide Länder nachweislich Fortschritte gemacht und die an sie gestellten Bedingungen erfüllt hatten. Das entstandene Vakuum füllten nationalistische Akteure innerhalb und außerhalb der Region, nutzten es aus für Destabilisierung und Desinformation durch wirtschaftliche, ideologische und militärische Einflussnahme. Die Enttäuschung über den Stillstand in der Region nahm infolgedessen zu und führte zu einem Vertrauensverlust der EU bei den Menschen und engagierten pro-demokratischen Kräften vor Ort.

Will die EU Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, darf die Erweiterungspolitik weder zur Erreichung innenpolitischer Ziele instrumentalisiert noch durch nachträgliche Zusatzbedingungen einzelner Mitgliedstaaten verlangsamt werden. Die Zeit der durch bilaterale Konfliktthemen motivierten, kurzsichtigen Blockaden muss ein Ende haben. Der über mehrere Jahre mit Griechenland geführte Streit über den Landesnamen Nordmazedoniens, oder das Beharren Bulgariens, Nordmazedonien müsse vor Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zunächst bulgarische Forderungen zur gemeinsamen Geschichte erfüllen, hat die pro-europäischen Kräfte in Nordmazedonien nachhaltig geschwächt und die EU beschädigt. Dies darf sich beim weiteren EU-Beitrittsprozess – auch bei anderen Kandidatenländern – nicht wiederholen.

Demokratie statt Stabilokratie

Der bislang verfolgte Ansatz in der EU-Erweiterungspolitik, primär Stabilität zu fördern und darauf zu hoffen, dass die etablierten Eliten in den Westbalkanstaaten aus eigenem Antrieb die für die EU-Perspektive notwendigen Reformen einleiten, ist weitgehend gescheitert. Das deutsche und europäische Engagement in der Region mit dem Ziel eines EU-Beitritts muss deshalb künftig konsequent auf die Stärkung der Staaten des Westbalkans als pluralistische Demokratien ausgerichtet sein. In der Auswahl der Kooperations- und Bündnispartner bedeutet dies, sich neben der Ebene der oft von ethnisch-nationalistischen Interessen kooptierten Exekutiven stärker und aktiver mit den demokratisch-pro-europäisch ausgerichteten Kräften in Parlamenten, Parteien und Zivilgesellschaften auszutauschen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Schon jetzt unterhält die SPD, ebenso wie die meisten anderen demokratischen Parteien in Deutschland, Kontakte zu Schwesterparteien in der Region. Hierauf gilt es aufzubauen. Einerseits durch eine engere Einbindung dieser Parteien in politische Konsultationen zu Demokratisierungs- und Beitrittsprozessen, andererseits durch mehr Unterstützung und Förderung beim Aufbau tragfähiger und transparenter innerparteilicher Strukturen und der Entwicklung von Programmen, die sich an den Bedürfnissen und Herausforderungen der Bevölkerung orientieren. Weitere zentrale Bausteine für die Verstärkung der Demokratie in den sechs Staaten sind eine Intensivierung des kulturellen Austauschs sowie ein Bildungssystem, das zusammenführt und nicht trennt, das eine Dialogkultur fördert und das Verständnis für unterschiedliche Perspektiven eröffnet. Dazu können mehr Jugendbegegnungsmöglichkeiten ebenso beitragen wie gemeinsame bzw. aufeinander abgestimmte Schulbücher. Aber auch die Schaffung von Interdependenz durch gemeinschaftliches Forschen und Entwickeln von Innovationen stärkt die Kooperation.

Entgegenkommen und Konditionalität

Um die Strahlkraft eines EU-Beitritts als Antrieb für Reformen zu erhalten, bedarf es künftig eines flexibleren Ansatzes im Beitrittsprozess, der Fortschritte schneller durch eine verstärkte Einbindung und Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen belohnt, gleichzeitig aber Rückschritte auch eindeutig sanktioniert. Dies betrifft nicht nur Staaten, die bereits formal Kandidaten für einen EU-Beitritt sind, sondern alle sechs Westbalkanstaaten. Sämtliche finanzielle Hilfen sind an die tatsächliche Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen, den Aufbau einer unabhängigen Medienlandschaft und die Achtung und Förderung demokratischer Institutionen zu binden und ihre Verwendung ist nachzuhalten. Diese Konditionalität erlaubt eine bessere Begleitung des Reformprozesses seitens der EU und schafft direktere Anreize für Parteien, im politischen Wettbewerb konkrete Perspektiven zu entwickeln statt primär auf Basis ethno-nationalistischer Spaltung zu mobilisieren. All dies kann nur gelingen, wenn gleichzeitig eine funktionierende Justiz im Kampf gegen die Mischung aus Politik und organisierter Kriminalität erfolgreich aufgebaut wird. Die Konditionalität muss nachvollziehbar und für das jeweils betreffende Land spürbar sein – bei

Fortschritten sowie bei Rückschritten. Dies stärkt jene Akteure, die sich ehrlich für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Für die Bevölkerungen würde dadurch sichtbar, welche ihrer Regierungen demokratische Fortschritte wirklich wollen.

Regionale Kooperation

Zentral für die langfristige positive Entwicklung der Region sind der Abbau und schließlich auch die Überwindung bestehender ethnisch-nationalistischer Konflikte. Dass dies keineswegs illusorisch ist, demonstriert die Europäische Union selbst. Der Weg hierhin ist zweigleisig: Zum einen führt er über die Förderung einer Völkerverständigung auf zivilgesellschaftlicher Ebene, wie zum Beispiel das Konzept des regionalen Jugendnetzwerk RYCO (Regional Youth Cooperation Office). Ohne neues Vertrauen auf zwischenmenschlicher Ebene wird es keine gesellschaftliche Aussöhnung zwischen den sechs Staaten geben. Ein sehr wichtiges Element in diesem Zusammenhang ist die politische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Kriegsverbrechen mit dem Ziel einer Versöhnung und Vertrauensbildung zwischen den Menschen der Region. Dazu ist eine Intensivierung der geschichtspolitischen Arbeit erforderlich. Selbstviktimsierung sowie Verharmlosung bzw. Leugnung von Genozid und Kriegsverbrechen müssen überwunden und Empathie für die jeweils andere Seite erreicht werden. Nur so wird eine Vertrauensbildung als Grundlage für dauerhafte Versöhnung gelingen. Zum anderen führt der Weg über regionale Netzwerke im Bereich der Wirtschaft und der Infrastruktur. Mit dem langfristigen Ziel einer Integration in die EU teilen die Westbalkanstaaten trotz ihrer Differenzen und Konflikte ein vitales Interesse, auf deren Grundlage integrative Fortschritte möglich sind. Ähnlich wie die Zusammenarbeit im Bereich Kohle und Stahl in der Montanunion die Keimzelle für die europäische Integration bedeutete, gilt es Bereiche zu identifizieren, in denen in Anlehnung an europäische Standards bereits vor der Mitgliedschaft im europäischen Binnenmarkt eine begrenzte Integration über einen gemeinsamen Markt als vertrauensbildende und vorbereitende Maßnahme angestoßen werden kann. Hier setzt der Berlin-Prozess an. Beim ersten Treffen unter der neuen SPD-geführten Bundesregierung am 3. November 2022 wurde der Schwerpunkt auf den Gemeinsamen Regionalen Markt, die Energiesicherheit und die Grüne Agenda (Energie- und Klimawandel sowie Umweltschutz) gelegt. Der Abschluss dreier Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen, Personalausweisdokumenten und bestimmten Berufsqualifikationen ist überdies als besonderer Erfolg zu werten. Denn damit ist der Grundstein gelegt für eine bessere Mobilität der Menschen, die langfristig das Miteinander in der Region stärken wird. Der Berlin-Prozess als Motor für den EU-Beitrittsprozess konnte nicht zuletzt durch diese Übereinkunft neu in Gang gesetzt werden.

Die gemeinsamen Interessen der Menschen in den Westbalkanstaaten müssen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern dieser Region stehen. Die Heranführung an und der Beitritt zur EU dürfen keine neuen Grenzen schaffen, sondern sollen die bestehenden überwinden helfen. Grenzüberschreitende regionale Kooperation ist ein zentraler Baustein der europäischen Integration. Jegliche Initiativen, die die Staaten und Gesellschaften des Westbalkans näher zueinander bringen sind zu begrüßen, wenn sie alle Länder der Region gleichermaßen einbeziehen. Aus diesem Grund sprechen wir uns für eine Integration der „Open-Balkan“ Initiative von Serbien, Nordmazedonien und Albanien in den Berlin-Prozess aus, der alle sechs Staaten umfasst.

Im Zuge der globalen sozial-ökologischen Transformation unterstützen wir die Westbalkanstaaten zudem beim Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Hierbei ist uns wichtig, dass bei politischen Maßnahmen soziale und ökologische Aspekte nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sich ergänzen und gegenseitig begünstigen (Nutzung von Synergieeffekten).

Erste Schritte in eine neue Zeit

Der fortdauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die EU in Bewegung gesetzt. Nach jahrelangem Stillstand gaben alle 27 EU-Staaten unter französischer EU-Ratspräsidentschaft im Juni 2022 grünes Licht für die ersten Beitrittskonferenzen mit Nordmazedonien und Albanien. Herausforderung für die schlussendliche Aufnahme von Verhandlungen mit Nordmazedonien ist nun eine Verfassungsände-

Die EU hat die Kandidatur des Nordmazedoniens im Dezember 2020 angenommen. Das Parlament Nordmazedoniens muss mit Zweidrittelmehrheit beschließen, die im Land lebenden Bulgarinnen und Bulgaren als Minderheit in der Verfassung anzuerkennen. Nur unter dieser Bedingung war Bulgarien bereit, der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien zuzustimmen. Es dürfen nun keine weiteren einseitigen Bedingungen gestellt werden.

Ein längst überfälliger Schritt war auch die Entscheidung zur Aufhebung der Visumpflicht für kosovarische Bürgerinnen und Bürger im Dezember 2022. Bereits seit 2018 erfüllte Kosovo hierfür die Kriterien. Ab Januar 2024 soll nun die visafreie Einreise in die EU für Kosovarinnen und Kosovaren genauso möglich sein wie es für die Bürgerinnen und Bürger der anderen Westbalkanstaaten schon heute der Fall ist.

Mit diesen beiden Schritten hat die EU langjährige Blockaden durchbrochen. Zuletzt bekam Bosnien-Herzegowina auf dem Europäischen Rat im Dezember 2022 den Status eines Beitrittskandidaten verliehen. Die neue Dynamik gilt es beizubehalten und zu intensivieren. Hier sind auch die Kandidatenländer gefragt, weitere Reformanstrengungen zu unternehmen.

Es gilt wirtschaftlich aufzuholen, pluralistisch-parlamentarische Demokratien aufzubauen, mit funktionierenden Checks und Balances, Medien- und Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit sowie einer starken Zivilgesellschaft und freien Gewerkschaften. Ebenso muss der Kampf gegen Korruption und die organisierte Kriminalität deutlich intensiviert und erfolgreich geführt werden, in dem Ermittlungen angestoßen, Straftaten verfolgt und Verurteilungen auf allen Ebenen konsequent erfolgen. Für die stärkere Integration des Westbalkans in die europäische Staatengemeinschaft spielt der Europarat eine besondere Rolle. Die dort durchgeführten Monitoringverfahren prüfen in den Ländern des Westbalkans fortwährend die Wahrung demokratischer, rechtsstaatlicher sowie menschenrechtlicher Standards und zeigen Reformbedarf auf.

Albanien und Nordmazedonien sind hierbei schon auf einem guten Weg. Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz, Korruptionsbekämpfung, Kampf gegen organisierte Kriminalität und Drogenhandel, Gleichstellung der Geschlechter, der Schutz der Menschenrechte und eine verantwortliche Staatsführung bleiben neben wirtschaftlichen Reformen aber nach wie vor zentrale Herausforderungen. Albanien ist um konstruktive Beziehungen mit allen Nachbarn bemüht und ein wichtiger Akteur für Stabilität, Sicherheit und eine erfolgreiche Integration der Region in die EU. Nicht zuletzt trägt die albanische Regierung die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU vollumfänglich mit. Diese Leistungen gilt es stärker anzuerkennen und Albanien als Partner auf Augenhöhe wahrzunehmen. Nach der ersten Beitrittskonferenz im Sommer 2022 gilt es jetzt das Screening der EU-Kommission mit ganzer Kraft zu unterstützen. Dasselbe gilt für Nordmazedonien, das sich neben Montenegro, als einzige Teilrepublik Jugoslawiens ohne Krieg in die Unabhängigkeit lösen konnte. Das Land bleibt weiter im Warteraum der EU – obwohl die sozialdemokratische Regierung nach dem Prespa-Abkommen erneut Verbindlichkeit und Handlungsfähigkeit in ihrer politischen Agenda bewiesen hat. Aus Deutschland sollte es für diesen Weg intensive Unterstützung und politische Rückendeckung für eine rasche Durchführung des EU-Screenings geben. Gleichzeitig könnte dem Land schon vor Beginn der Beitrittsverhandlungen Zugang zu Fördermitteln im Bereich Energie- und Nahrungsversorgung, Winterhilfen sowie Infrastrukturhilfen gegeben werden.

Montenegro führt mit der EU seit 2012 Verhandlungen über einen EU-Beitritt und war lange ein Vorreiter. Das Land ist in den Beitrittsverhandlungen weit fortgeschritten und hat große Erfolge aufzuweisen. Doch die pro-westliche Orientierung steht auf dem Spiel. So trägt Montenegro die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU mit, innenpolitisch ist das Land aber gefangen in einer tiefgreifenden Verfassungskrise. Es bleibt abzuwarten, ob mögliche Neuwahlen im Frühjahr 2023 das Land wieder auf den Weg der Stabilität führen werden – oder aber von seinem Weg in die EU abbringen könnten. Für Fortschritte bei der EU-Integration ist es maßgeblich, die Funktionsweise der Institutionen wiederherzustellen, die illiberalen Einflüsse aus Serbien und Russland zurückzudrängen und westlich orientierte Partner in Parteien und Zivilgesellschaft zu stärken. Auch ist das zunehmende chinesische Engagement zur Finanzierung von Infrastruktur kritisch zu hinterfragen. Deutschland sollte vor allem Unterstützung bei der Stärkung und Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Institutionen leisten. Das betrifft

insbesondere die weitere demokratische und rechtsstaatlich orientierte Reform der politischen Parteien, die Voraussetzung für eine engere Partnerschaft und letztlich auch für den EU-Beitritt ist.

Kosovo hat als letztes Westbalkanland im Dezember 2022 seinen Antrag auf eine EU-Mitgliedschaft eingereicht. Wir unterstützen grundsätzlich eine EU-Mitgliedschaft Kosovos genauso wie eine Mitgliedschaft des Landes im Europarat. Dafür muss Kosovo alle Beitrittskriterien insbesondere im Bereich Minderheitenschutz erfüllen. Kosovo ringt seit seiner Unabhängigkeit von Serbien im Jahr 2008 um die formale Anerkennung. Selbst innerhalb der EU erkennen mit Spanien, Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern noch immer fünf Staaten Kosovo nicht als eigenständig an. Damit die EU auch hier mit einer Stimme spricht, braucht es eine neue Initiative mit starker deutscher Unterstützung. Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo ist Voraussetzung für einen EU-Beitritt beider Länder. Beide Länder sind hier selbst in der Pflicht, brauchen aber unsere Unterstützung. Auch mit Blick auf die jüngsten Spannungen im Norden Kosovos ist es wichtig, dass die kosovarische Regierung ihre Verpflichtung aus dem Brüsseler Dialog umsetzt, einen Gemeindeverband der serbischen Mehrheitsgemeinden zu gründen. Bei der Einrichtung eines solchen Gemeindeverbandes gilt es jedoch, die berechtigten Bedenken der Regierung Kosovos zu berücksichtigen. Der Gemeindeverband muss im Einklang mit der Verfassung Kosovos stehen und darf über keine Exekutivrechte verfügen. Die Gründung des Gemeindeverbandes sieht also explizit nicht die Schaffung einer eigenen Entität im Stile der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina vor. Trotz der Einrichtung des Gemeinderates müssen die kosovarischen Serben die gesamtstaatlichen Institutionen weiterhin anerkennen und dürfen sich nicht aus diesen zurückziehen. Die Initiative von Bundeskanzler Olaf Scholz und des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zur Stärkung des EU-geführten Normalisierungsdialogs befürworten wir nachdrücklich. Das Verhältnis zwischen Kosovo und Serbien muss auf eine neue nachhaltige Grundlage gestellt werden. Der Konflikt mit Serbien ist auch der Grund, weshalb sich seit mehr als zwanzig Jahren die Bundeswehr im Rahmen der NATO-geführten internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR) engagiert. Die "Kosovo Force", kurz KFOR, war in den vergangenen Jahren ein zentraler Stabilitätsanker in der Region und hat die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Kosovo gestärkt.

Serbien führt seit 2014 Beitrittsverhandlungen mit der EU, die nur langsam voranschreiten. In der Amtszeit von Präsident Aleksandar Vučić ist es zu einer zunehmenden Aushöhlung der Demokratie im Land gekommen, die besorgniserregend ist. Den fortschreitenden autokratischen Entwicklungen in Serbien muss entgegengewirkt werden. Der bevölkerungsreichste Staat mit zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung der Region - insbesondere im Hinblick auf den serbischen Einfluss in Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Montenegro - kann Spannungen deeskalieren oder verschärfen und damit die gesamte Region hin zu mehr oder weniger Stabilität verändern. Gerade im Hinblick auf die Beziehungen zu Kosovo nimmt Serbien immer wieder eine destabilisierende Rolle ein. Serbien muss deutlich gemacht werden, dass jegliche Destabilisierungspolitik in der Region einer EU-Integration im Weg steht. Wir unterstützen Serbiens Weg in die Europäische Union. Aber Deutschland und die EU dürfen vor demokratischem Rückschritt zugunsten vermeintlicher Stabilität die Augen nicht verschließen. Vermeintliche Stabilität auf Kosten von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie kann nicht nachhaltig sein und ist kein Motor der EU-Integration. Der Schwerpunkt deutscher und europäischer Politik in Serbien muss auf der Unterstützung einer pluralistisch-parlamentarischen Demokratie liegen. Gleichzeitig ist Serbien am empfänglichsten für Russlands und Chinas Offerten. Präsident Aleksandar Vučić verfolgt seit Jahren eine gefährliche Schaukelpolitik zwischen dem Westen einerseits sowie Russland und China andererseits. Beide Staaten unterstützen Serbien in der Kosovo-Frage. Serbien muss sich angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine klar auf Seiten der EU positionieren und sich an der Umsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland vollumfänglich beteiligen. Voraussetzung für substanzielle Fortschritte im Beitrittsprozess muss sein, dass sich Serbien entsprechend der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU positioniert.

Bosnien und Herzegowina wurde vom Europäischen Rat im Dezember 2022 den Kandidatenstatus verliehen. Als SPD-Bundestagsfraktion begrüßen wir diese Entscheidung als politisches Signal ausdrücklich. Nach langer Zeit besteht nach den Wahlen Anfang Oktober 2022 erstmals wieder die Chance auf eine handlungsfähige Koalitionsregierung im Land.

Über ein Vierteljahrhundert nach dem Friedensvertrag von Dayton muss sich Bosnien und Herzegowina zu einem modernen, Rechts- und Verfassungsstaat mit starken demokratischen Institutionen weiterentwickeln, in welchem alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Herkunft innerhalb des gesamten Staatsgebietes gleiche Rechte und Pflichten genießen. Dies impliziert insbesondere die gleichberechtigte Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen. Um die Verfassung des Landes mit der Europäischen Menschenrechtskonvention in Einklang zu bringen, sind Reformen des Wahlrechts sowie der Verfassung und damit die Umsetzung der diversen Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte seit 2009, insbesondere in den Fällen Sejdić-Finci, Zornić, Pudarić, Šlaku und Pilav, erforderlich. Wir drängen auf eine zügige Umsetzung der Gerichtsurteile. Jedweden ethnisch motivierten Nationalismus lehnen wir ab.

Die SPD-Bundestagsfraktion bekennt sich klar zur Souveränität und territorialen Integrität Bosniens und Herzegowinas und stellt sich jedweden Bestrebungen aus dem In- und Ausland entgegen, diese zu untergraben. Dies umfasst einschließlich, aber nicht ausschließlich die Sezessionsandrohungen und Versuche, eine dritte Entität einzurichten. Insbesondere Kroatien und Serbien fordern wir als direkte Nachbarstaaten und ehemalige Kriegsparteien auf, ihren Verpflichtungen aus dem Dayton-Abkommen nachzukommen, die territoriale Integrität und Souveränität Bosniens und Herzegowinas zu achten und sich für Frieden, die europäischen Werte und ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis mit Bosnien und Herzegowina einzusetzen. Genauso verurteilen wir die illiberale und destruktive Einflussnahme von EU-Staaten, wie beispielsweise Ungarn, und von Nicht-EU-Staaten, insbesondere Russland, China, der Türkei und des Iran. Wir stellen uns entschlossen gegen diese Einflussnahmen.

Das auf der 5+2-Agenda basierende Amt des Hohen Repräsentanten und die Operation EUFOR ALTHEA sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt weiterhin notwendig. Beide Instrumente haben unsere Unterstützung. Die internationale Gemeinschaft steht in der Verantwortung, diese sorgsam, respektvoll und zum Wohle aller Menschen in Bosnien und Herzegowina einzusetzen.

Unsere Verantwortung

Der Status der „Ewigen Kandidaten“ untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit der EU, sondern mehr noch die Stellung pro-europäischer und demokratischer Akteure in den sechs Westbalkanstaaten. Weitere Jahre der Hinhaltepolitik würden die Region weiter destabilisieren und die europäische Vision zunehmend verblasen lassen. Die Westbalkanstaaten dürfen durch die vom Ukraine-Krieg ausgelöste Dynamik in Osteuropa nicht abgehängt werden.

Für die notwendigen Reformen in den Ländern können wir direkt Impulse setzen. Dazu muss der direkte Austausch mit den Parlamenten, Parteien und Zivilgesellschaften der Region intensiviert werden, mit dem Ziel, die reformorientierten Kräfte zu stärken. Nur wenn sich durch politische und ökonomische Reformen sowie durch eine verlässliche Politik seitens der EU die Lebensperspektiven der Menschen in den Westbalkanstaaten konkret verbessern, wird die massive Abwanderung aus der Region zurück gehen, die gegenwärtig die ökonomische Konvergenz mit der EU verlangsamt, Auslandsinvestitionen hemmt und das soziale Gefüge in der Region aus dem Gleichgewicht bringt. Zum Weg der EU-Integration gehört auch, dass die Mobilität der Menschen aus dem Westbalkan ermöglicht und verlässlich geregelt wird. Die 2016 von der Bundesregierung geschaffene Westbalkanregelung zur Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland ist hierfür ein wichtiger Schritt. Sie muss aber durch wirksame Vorkehrungen gegen Ausbeutung und prekäre Beschäftigung flankiert werden.

Gleichzeitig müssen aber auch die sozialen und wirtschaftlichen Risiken erhöhter Mobilität in die EU für die Volkswirtschaften der Westbalkanstaaten stärker adressiert werden. Ein vielversprechender Ansatz ist die Heranführung der Volkswirtschaften an den EU-Binnenmarkt durch Kooperationen in Forschung und Entwicklung, mit denen Innovationsökosysteme geschaffen werden. So sind die Westbalkanstaaten bereits seit dem letzten EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 assoziierte Mitglieder und profitieren von Infrastrukturmaßnahmen, Verbundprojekten sowie den Mobilitätsmaßnahmen für Ingenieure, Mediziner, Doktoranden und Postdoktoranden.

Mit Blick auf Schutzsuchende müssen die geltenden Menschenrechtsstandards eingehalten und umgesetzt werden. Wir wollen unserer Verantwortung und den deutschen strategischen Interessen in der Region auch durch eine Fortsetzung des bilateralen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit gerecht werden.

Eine Aufnahme von zunächst zwei oder drei Staaten aus der Region, die die Beitrittsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen haben, könnte sich positiv als Anreiz auf die Reformbemühungen der übrigen Staaten und deren Zivilgesellschaften auswirken. Alle Möglichkeiten, innerhalb des EU-Beitrittsprozess die Annäherung der Westbalkanstaaten zu beschleunigen, diese für die Bevölkerung in der Region spürbar zu machen und mehr Teilhabe daran zu ermöglichen, sind zu nutzen. Deutschland und Frankreich sind gemeinsam gefragt, die Staaten bei der Umsetzung notwendiger Reformen tatkräftig zu unterstützen.

Frieden und Sicherheit in Europa als geostrategische Ziele lassen sich nur mit einer starken und handlungsfähigen EU erreichen. Zur Wahrheit gehört deshalb auch, dass die EU sich weiterentwickeln muss, um auch mit mehr als 27 Mitgliedstaaten handlungsfähig zu bleiben. Das Mehrheitsprinzip bei Abstimmungen im Rat der EU muss auch dort zur Regel werden, wo das heute noch nicht der Fall ist. Ein möglicher Weg, die Handlungsfähigkeit einer EU mit mehr als 27 Mitgliedstaaten sicherzustellen, ist die Nutzung der sogenannten Brückenklauseln. Ein weiterer offenstehender Weg ist die von der Konferenz zur Zukunft Europas geforderte und vom Europäischen Parlament beantragte Einberufung eines Konvents zur Überarbeitung der europäischen Verträge. Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sehen wir es deshalb als unsere Aufgabe an, auf unsere Kolleginnen und Kollegen in bislang noch zögerlichen EU-Mitgliedstaaten zuzugehen und für die Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit zu werben.